

Die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten

Nur Meinungsaustausch — keine Beschlüsse

Berlin, 3. Juli. Bei der heutigen Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die vormittags unter dem Vorsitz des Reichsministers zusammentrat, wird die Reichsregierung ihren Standpunkt zur Gesamtpolitischen Lage im einzelnen darlegen, wobei besonders das Sachverständigenrat im Vordergrund steht. Beschlüsse können von der Konferenz nicht gefaßt werden. Es handelt sich nur um einen Meinungsaustausch. Wenn die Organisationsausschüsse ihre Arbeiten beendigt haben, was gegenwärtig nur noch beim Industrie-Obligations-Ausschuss auf Schwierigkeiten stößt, wird die Reparationskommission zu den deutschen Gesandtschaften Stellung nehmen.

In voriger Woche behandelte die Möglichkeit, daß der Reichstag noch vor dem 10. Juli zusammentritt, um die Beschlüsse der Vöndener Konferenz zu erledigen. Wegen der Zwischenfälle im Obligationen-Ausschuss ist dies jetzt höchst unwahrscheinlich geworden und

mit einem Aufbruch zum Reichstag ist wohl erst nach der Vöndener Konferenz zu rechnen.

Das würde den Vorzug haben, daß sich dann auf Grund der Vöndener Ergebnisse klarer überlegen läßt, was im Hinblick auf die internationale Politik aus dem Sachverständigenrat herauskommt. Damit würde die Stellungnahme der Parteien zu den notwendigen Beschlüssen auf der Grundlage größerer Sicherheit stattfinden können. Von deutscher nationaler Seite heißt der „Vöndener“ das, was man nicht damit rechnen, daß der Reichstag vor dem 22. Juli zusammentritt.

Berlin, 3. Juli. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder über die allgemeine Lage, wurden mittags 1 Uhr unterbrochen, um am Nachmittag fortgesetzt zu werden. Seitens der Reichsregierung behandelten Außenminister Dr. Stresemann und Finanzminister Dr. Luther insbesondere die Reparationsfragen und die Durchführung der Sachverständigenratgutachten, die vielfach in die Zuständigkeit der Länder eingreift. An der Sitzung nehmen teil sämtliche Ministerpräsidenten mit Ausnahme des preussischen Ministerpräsidenten Brauns, der zurzeit von Berlin abwesend ist und durch Staatssekretär Weidmann vertreten wird.

Besprechungen des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 3. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde die Besprechung über die dem Reichstag in der zweiten Juliwuche zugehenden Reparationsentscheidungen fortgesetzt. Das Kabinett befaßte sich sodann mit dem Inhalt einer neuen Note nach Moskau, sowie mit der Reichsfinanzfrage für die Augustmonate. Die Demarche des deutschen Botschafters in Paris wegen der Wohnungsmaßnahmen der französischen Militärbehörden hinsichtlich der rückkehrenden Ausgewiesenen, ist bereits Mittwoch vormittag erfolgt; ein Bericht des Herrn v. Doehring aus Paris liegt noch nicht vor.

Zusagen für den Preisabbau.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 3. Juli. Bei dem gestrigen Empfang der Gewerkschaften durch den Reichsarbeitsminister, der der Forderung der Gewerkschaften nach endlichen Maßnahmen des Reiches für den Preisabbau galt, wies der Minister auf die neue Kohlenpreiserhöhung von 20 Prozent hin. Sie werde eine Preisobergrenze aller Preise beim Erzeuger auswirken müssen, um endlich wieder zu Friedenspreisen zu kommen. Der Minister erklärte, daß das Kabinett energetische Gegenmaßnahmen für eine Zwangslenkung der Preise in aller Eile herbeiführen würde.
Wie wir weiter erfahren, wird die für Ruhrkohlen am 1. Juli eingetretene Preisermäßigung von 20 Prozent auch

auf die übrigen Reviere des Reiches ausgedehnt werden, um auf diesem Wege eine allgemeine Senkung der Preise im Reich herbeizuführen. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind bereits ausgenommen worden.

Landwirtschaft und Gulachen.

Berlin, 3. Juli. „Arcuszeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ bringen eine Abhandlung des Reichstagsabgeordneten H. v. Wislizenus über die Landwirtschaft und das Sachverständigengutachten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der geringen tatsächlichen Ermäßigung, die die Landwirtschaft im Sachverständigenrat findet, die Landwirtschaft bei unveränderter Annahme des vorliegenden Textes in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen werde, daß die Kosten bei der bestehenden Not der Landwirtschaft untragbar seien.

Die sozialistischen Gewerkschaften wollen zum Gulachen gehört werden.

Berlin, 3. Juli. Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Eingabe der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an die Reichsregierung über den Standpunkt der Gewerkschaften zum Sachverständigenratgutachten. Die Reichsregierung wird darin gebeten, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zu bestimmen.

Neue Forderungen Amerikas.

250 Millionen Dollar Reparationsentschädigungen.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 3. Juli. Der „Derald“ meldet aus New York: Die Vereinigten Staaten haben an Deutschland Reparationsentschädigungen im Betrage von 250 Millionen Dollar geltend gemacht. Die Staatssekretäre Hughes und Kellogg bezogen sich am 9. Juli nach Europa, um die Sachverständigenratgutachten am internationalen Konsultationsrat in London. Er weist jedenfalls zur Zeit der Konferenz in London.

Die Kündigung der Ricomverträge zum 1. August
Berlin, 3. Juli. Die mehrere Blätter von ausländischer Seite in Essen erfahren haben wollen, ist mit der Tatsache, daß die neuen Ricomverträge schon am 20. d. M. mit Wirkung zum 1. August gekündigt werden, bestimmt zu rechnen.

Ausgelöst der Tatsache, daß das Reich am 1. August einen Neibau in seinem Haushalt von 140 Millionen Mark aufweist, für den eine Deckung noch nicht vorhanden ist, wird es dem Reich wahrscheinlich unumgänglich sein, die finanziellen Kosten der Ricomverträge auch für August zur Hälfte auf sich zu nehmen.

Dringlichkeitsanträge der Kommunisten.

Einschränkung der Präsenz und Freifahrten für Abgeordnete.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 3. Juli. Wie wir erfahren, haben die kommunistischen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages gestern abend beschloßen, in beiden Häusern Dringlichkeitsanträge einzubringen auf Herabsetzung der Präsenz und Einschränkung der Freifahrten der Abgeordneten. Die sozialdemokratische Partei hatte eine Unterthügung der Anträge abgelehnt.

Ein nachträgliches Verfahren zur Ermordung Rathenaus.

Berlin, 2. Juli. Das Verfahren gegen das Mitglied der Organisation C, den in München verhafteten Studenten Walter Brandt, dem die Missetatung bei der Verwirklichung des Kraftwagens für die Ermordung Rathenaus zur Last gelegt wird, steht nach Blättermeldungen vor dem Abschluß. Das Hauptverfahren wird voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte dem Staatsgerichtshof beschickten. Es steht noch nicht fest, ob die Anklage wegen Beihilfe zum Mord oder wegen Unterlassung einer Anzeige erhoben wird.

Separatistenprozess vor dem Staatsgerichtshof.

Hannover, 3. Juli. Vormittags 9 Uhr begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik im Landgerichtshofgebäude die Hauptverhandlung gegen den Weingutbesitzer Anton Barthold aus Eltville, der beschuldigt wird, diese separatistische Bewegung unterstützt zu haben. Der Prozess erregt deshalb besonderes Interesse, weil nach den Akten in selten so nachweisbarer Form als treibende Kraft hinter dem Süddeutschen Separatisten der französische Weingutbesitzer Armand stand. Den Vorsitz der Verhandlungen führt der Senatspräsident Niebner. Es sind 35 Zeugen geladen. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Obermeyer.

Bei Beginn der Vernehmung der Zeugen, von denen der größte Teil nicht erschienen ist, erklärte Senatspräsident Niebner, diese Tatsache sei darauf zurückzuführen, daß die meisten Zeugen von den französischen Weingutbesitzern delegiert heute zu einer Verhandlung nach Süddeutschland geladen worden seien. Ein Antrag des Oberreichsanwalts Dr. Obermeyer auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit, wird vom Gerichtshof abgelehnt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ungehener (Frankfurt), beantragt Vertagung auf morgen früh, da die Gefahr bestehe, daß die jetzt Anwesenden, die dem Angeklagten zum Teil feindlich gesinnt seien, vernommen werden könnten. Darauf konnte sich der Anklage nicht einlassen. Das Fernbleiben der Zeugen führt der Verteidiger auf einen Artikel des „Dauener Anzeigers“ zurück, weil die französische Besatzungsbehörde darin wahrscheinlich einen Angriff auf den französischen Delegierten Armand erbliebt hätte. (W.F.)

Falsche Beschuldigungen gegen angebliche Schlageler-Berräter.

Ein Weineidverfahren gegen die Knecher.
Unter dem Verdacht, den Kaufmann Albert Leo Schlageler an die Franzosen im Ruhrrevier verraten und so seinen Tod herbeigeführt zu haben, wurden im vorigen Jahre, wie erinnerlich, die Hochbahn-Anhänger Otto Schneider und Alfred Göhe in Elberfeld verhaftet. Ihre Festnahme erfolgte auf Grund von Angaben eines Mitgliebes einer anderen Weineid-Organisation, eines angeblichen Kameraden Schlagelers, der die Behauptung aufstellte, daß die beiden Hochbahn-Leute auf Befehl ihres Chefs, des Oberleitnants Hochbach, Schlageler an die Franzosen verraten hätten, um auf diese Weise die Organisation zu retten, der Schlageler angehört und mit der Hochbahn angeblich verfeindet sei, aufzugeben zu lassen. Diese Darstellung wurde von mehreren Zeugen zunächst unter Eid bestätigt, später aber widerrufen. Knecher sind Schneider und Göhe nach 14 Monaten Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da die Ermittlungen nichts Belastendes gegen sie ergeben haben. Der eigentliche Urheber des Verrats an Schlageler soll auch Schneider heißen, aber mit dem jetzt aus der Haft entlassenen Hochbach-Wann nicht identisch sein. Wegen die Zeugnis, die unter Eid die Beschuldigung gegen die beiden Hochbahn-Anhänger erhoben haben, schwebt, wie berichtet wird, angeblich mehrere Weineidverfahren. In eingeweihten Kreisen bezeichnet man die ganze Denunziation als eine politische Intrige.

Das letzte Bulletin über Seipel.

Wien, 2. Juli. Das heute mittags über das Bestehen des Bundeskanzlers Seipel ausgegebene Bulletin besagt, daß der Lebenslauf des Bundeskanzlers auf das Land in der nächsten Zeit nicht mehr im Wege liege, da der Kranke sich in voller Rekonvaleszenz befindet. Damit entfällt die weitere Ausgabe von Berichten. (W. F. B.)

Der Kampf um die Präsidentschaft in Amerika.

Der ergebnislose 42. Wahlgang der Demokraten.
(Durch Funktelegraph.)
New York, 3. Juli. Trotz fünfständiger lärmender Tages- und vierständiger Nachtstunden gelang es dem demokratischen Parteikonvent noch nicht, eine Zweidrittelmehrheit für einen Präsidentschaftskandidaten zu erzielen. Es wurden für Mac Adoo 508, Smith 318, Davis 67 Stimmen im 42. Wahlgange abgegeben. (W. F. B.)
Cafollette kandidiert als Führer der dritten Partei
(Durch Funktelegraph.)
New York, 3. Juli. Es wird berichtet, daß Cafollette endgültig entschlossen sei, die Nominierung der unabhängigen Partei anzunehmen. (W. F. B.)

Macdonalds Vorbereitungen für die Völkerverbundslagung.

London, 3. Juli. Im Unterhaus kündigte Bonson gestern eine weitere Veröffentlichung britischer Dokumente aus der Zeit vor dem Arzene an. Macdonald teilte abdamn mit, er hoffe, zu der Völkerverbundslagung im September nach Genf gehen zu können. Ueber die von der britischen Regierung der Verammlung unterbreiteten Fragen werde ein Weisbuch veröffentlicht werden. Auf die Frage, ob die Völkerverbundslagung erörtert werden könnten bevor die Verammlung stattfindet, erklärte Macdonald, daß Konferenzprogramm werde wohl nicht vor den Sommerferien des Unterhauses bereit sein. Außerdem würden noch andere britische Vertreter nach Genf gehen. Er fürchte, er werde nicht während der ganzen Völkerverbundslagung in Genf bleiben können. Der französische Premierminister besichtigte ebenfalls nach Genf zu gehen. Hoffentlich werden noch andere Premierminister dorthin kommen. (W. F. B.)

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Braa, 3. Juli. Die Konferenz der Kleinen Entente wird vom 11. bis 13. dieses Monats in Braa abgehalten. Zuhilfenahme wird durch den Außenminister Rintischik, Rumänien durch den Außenminister Duca vertreten sein. Nach den bisherigen Meldungen wird die Konferenz sich mit den laufenden internationalen Angelegenheiten befassen, mit den Beziehungen der Mitglieder der Kleinen Entente zu ihren Nachbarn, mit den Fragen der Sanierung der Türkei und Ungarns, mit den Fragen, die auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung des Völkerverbundes stehen, insbesondere der Militärkontrolle und der Abrüstung, ferner mit den Verträgen über die gegenseitige Hilfeleistung, sowie auch mit den kommenden Verhandlungen bezüglich der Reparationsfrage. (W. F. B.)

Der Kampf um die Industrieobligationen.

Paris, 3. Juli. Als einziges französisches Blatt beschäftigt sich heute vormittags die linksgerichtete „Ere Nouvelle“ mit der Demission des französischen Sachverständigen Descaup als Mitglied des Ausschusses für die deutschen Industrieobligationen. Das Blatt erinnert daran, daß damit gerechnet worden sei, die Opposition auf die deutsche Industrie würden etwa 5 Milliarden bringen. Descaup habe, unterstützt von den Direktoren des Kabinetts Vincard, verlangt, daß lediglich gewisse große deutsche Firmen von dieser Opposition betroffen würden. Dieser Gesichtspunkt, so schreibt die „Ere Nouvelle“, wurde von dem italienischen Vertreter Franzi bekämpft. Nach unnützen Besprechungen sei Descaup gezwungen gewesen, seine Demission einzureichen und (wie wir bereits gemeldet haben) durch Allix, den früheren zweiten französischen Delegierten im Sachverständigenrat, ersetzt worden. Der Standpunkt Vincard-Descaup, so schreibt die „Ere Nouvelle“ weiter, wäre unhaltbar. Es scheint in der Tat unmöglich zu sein, die 5 Milliarden der Sachverständigen zu erzielen, ohne die Gesamtheit der deutschen Industrie heranzuziehen. Der Ausschuss mit Descaup beweiße, daß, wenn die Politik des Nationalbankrates fortgesetzt worden wäre, sie praktisch die Ausführung des Dawes-Planes verhindert haben würde.

Die beschleunigte Arbeit der Gutachtenkomitees

Zurückweisung französischer Verleumdungen

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 3. Juli. In Paris wird die Verzögerung der Durchführung des Sachverständigenratgutachtens der deutschen Regierung ausgehoben. Insbesondere äußere, so sagt der „Welt Posten“, die deutsche Regierung noch immer damit die Gefolge vor dem Reichstag zu bringen. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, die deutsche Regierung habe von Anfang an alles getan, um die schnelle Durchführung des Sachverständigenratgutachtens zu fördern. Sie habe nicht nur die deutschen Vertreter in den drei Organisationskomitees angeordnet, auf eine mögliche Beschleunigung zu drängen, sondern habe auch die deutschen Komiteemitglieder sofort nach ihrer Ernennung die Initiative bei den alliierten Vertretern ergriffen, um das schnelle Zusammenarbeiten der Komitees zu veranlassen, sondern sie habe auch bei den beteiligten alliierten Regierungen durch ihre diplomatischen Vertretungen schon Anfang Mai darauf hingewirkt lassen, daß die Komitees sofort konstituiert werden und ihre Arbeiten möglichst beschleunigen. Die Reichsregierung hat seitdem jede Gelegenheit benutzt, um die beteiligten alliierten Regierungen auf die Notwendigkeit eines schnellen Abschlußes der Arbeiten der drei Organisationskomitees hinzuwirken. In die deutschen Beschlüsse auf Grund der Arbeiten des Organisationskomitees endgültig fertiggestellt und dann den deutschen Gesandtschaften vorgelegt werden können.

Die schriftlichen Unterlagen und Entwürfe für die Arbeiten der Komitees sind von deutscher Seite schon fertiggestellt gewesen, bevor die Komitees zur ersten Sitzung zusammentraten.

Die alliierten Mitglieder des Eisenbahnkomitees und des Goldnotenbankkomitees haben demgemäß auch wiederholt anerkannt, daß von deutscher Seite alles geschehen ist, was zur Beschleunigung der Vorarbeiten zur Durchführung des Sachverständigenratgutachtens erforderlich war.

Ueber den Stand der Arbeiten der Treuorganisationskomitees ist mitzuteilen, daß Goldnotenbankkomitee tritt noch Ende dieser Woche in Berlin zu seiner letzten Sitzung zusammen, so daß angenommen werden kann, daß die verschiedenen Gesandtschaften, die sich auf die Errichtung der Goldnotenbank beziehen, nämlich die Entwürfe für das Goldnotenbankgesetz, das Bankstatut, das Rentenbankgesetz und das Münzgesetz, in der nächsten Woche fertiggestellt werden können.

Das Eisenbahnkomitee beendet heute seine zweite Sitzung und tritt am 10. Juli zu der dritten, letzten Sitzung in London zusammen. Die dritte Sitzung wird voraussichtlich vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen, so daß mit der Fertigstellung der für die Reichsbahn bezüglichen Beschlüsse in dem Eisenbahnkomitee selbst vor dem 15. Juli nicht gerechnet werden kann.

Wann das Industrie-Obligations-Komitee seine Arbeiten beendet wird, läßt sich zurzeit überhaupt noch nicht absehen. Das Komitee ist wegen der Haltung des bisherigen französischen Vertreters in dem Komitee, Descaup, in den grundlegenden Fragen überholt noch nicht zu einer Einigung gekommen. Das weitere Tempo der Arbeit in diesem Komitee wird davon abhängen, welche Haltung das nach dem Rücktritt von Descaup ernannte neue französische Mitglied des Ausschusses einnehmen wird, und welchen Einfluß die Ernennung eines neutralen fünften Mitgliedes auf die Arbeiten haben wird. Der Zeitpunkt, zu dem die Beschlüsse dem Reichstage vorgelegt werden können, hängt danach

gar nicht in erster Linie von der Entscheidung der Reichsregierung, sondern von dem Organisationskomitee ab. Die Reichsregierung hat den dringenden Wunsch, daß die Komitees ihre Arbeiten so schnell als möglich zu Ende führen, und sie wird, wie bisher, auch weiterhin die Komitees zur Erreichung dieses Zieles mit allen Mitteln unterstützen.

Englischer Druck zur Beschleunigung der Gutachtenkomitees.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 3. Juli. Der „Courant“ meldet aus London, daß der englische Botschafter am Freitag vor Sonnabend eine Demarche beim Auswärtigen Amt unternehmen wolle, um eine Beschleunigung der Ausführung und Annahme der Reichsbeschlüsse zur Durchführung des Expertenratgutachtens herbeizuführen. Der „Courant“ glaubt, daß, falls Deutschland seine bisherigen Zusagen bis zur Vöndener Konferenz nicht erfülle, die Vöndener Konferenz entweder resultatlos ausgehen oder vertagt werden müsse.

Ruhrausbeute trotz Dawesplan?

Der französische Finanzminister für Fortsetzung des jetzigen Systems.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 3. Juli. Das „Journal“ meldet aus Paris: Im Anschluß an Herrschs außenpolitische Rede in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten gab der Finanzminister eine ausführliche Darlegung über die Ruhr- und Beute, die so günstig sei, daß weder Frankreich noch Belgien an eine Aufgabe der Ruhrbewirtschaftung denken, solange nicht andere gleichwertige Einnahmeförderungen für Frankreich geschaffen seien. Die Frage, ob die Ruhrbewirtschaftung neben den Dawesplänen fortgesetzt werden könne, unterliegt zurzeit der Prüfung der französischen und der belgischen Juristen. Er, der Minister, möchte diese Frage bejahen.

Der Völkerverbundsentwurf über gegenseitige Hilfeleistungen.

London, 3. Juli. Macdonald teilte im Unterhause mit, der Entwurf eines Vertrages zur gegenseitigen Hilfeleistungen sei allen Staaten ausgegangen, auch denen, die nicht Mitglieder des Völkerverbundes wären. Soweit er wisse, seien bisher nur Antworten von Belgien, Estland, Lettland, Litauen und Rußland eingegangen. Belgien und Lettland stimmten zu; dagegen wird der Entwurf von Rußland abgelehnt. Ueber die Stellung der englischen Regierung zum Entwurf seien vorläufig noch keine Mitteilungen möglich, da, abgesehen von anderen Gründen, erst eine Vertagung mit den Dominions erzielt werden müßte. Es sei aber vorläufig nicht sicher, ob die Wirkung eines solchen Verfahrens nicht gerade im Gegenteil eine Zersplitterung der Rüstungen sein werde. Auf jeden Fall bezweifle er, daß dies die beste Methode wäre, die man diesem Problem gegenüber endgültig anwenden könne.

Hollet schweigt über die Dauer der Ruhrbesetzung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 2. Juli. Das Pariser „Journal“ meldet: Die von der Kammer angenommenen Kreditlehne sind für die militärischen Maßnahmen bis Ende dieses Jahres bestimmt. Unter Berufung auf diese Kreditlehne der Reichsminister in der gestrigen Kammerberatung erklärten auf eine Anfrage Renaudels nach der Dauer der militärischen Ruhrbesetzung ab.